

DEUTSCHE POLITIK

ZUR AUSSEN- UND INNEN- POLITIK DER BUNDESREPUBLIK IM HERBST 1959

Mindestens seit der Genfer Außenministerkonferenz im Juli zeichnet sich eine beträchtliche Kursänderung in der Deutschland-Politik der Westmächte ab. Das Ulbricht-Regime hat sich internationales Entree verschafft, indem es in Genf zwar noch am Katzentisch, aber immerhin nicht schlechter placiert als die Bundesrepublik saß. Die ungenügende Vertrautheit der ostdeutschen Delegation freilich mit dem internationalen Parkett trat sehr stark in die Erscheinung und hat auch den Sowjets manchen Verdruß bereitet. Des Bonner Delegationsführers, Botschafter *Grewes*, aggressive Rede provozierte andererseits im befreundeten Lager die Frage: „Warum müssen eigentlich die Deutschen immer die schärfsten Reden halten?“ Der Tadel der westlichen Partner bewirkte dann eine allzu demonstrativ zur Schau getragene Schwenkung des amtlichen Bonn vom anfänglichen Pessimismus zum Optimismus, die freilich nicht darüber hinwegtäuschen konnte, daß die Bundesregierung dem ost-westlichen gesamtdeutschen Beratungsausschuß, mit dem sich die westlichen Außenminister im Entgegenkommen an die Sowjets anfreundeten, sehr wenig Gegenliebe gezeigt hat.

Nixon und das deutsch-polnische Verhältnis

Alles andere als freundlich war dann die Bonner Reaktion auf die Einladung Eisenhowers an Chruschtschow, ihn in den USA zu besuchen, die Vizepräsident Nixon bei seinem Besuch in der Sowjetunion übermittelte. Ein der Bundesregierung nahestehendes Blatt sprach von „bösen Vorahnungen“. Anschließend an seinen Rußland-Aufenthalt stattete Vizepräsident *Nixon* einen mehrtägigen Besuch in Polen ab, dessen Herzlichkeit wie eine Demonstration gegen die Unfähigkeit der Bundesregierung wirkte, die Beziehungen zu Warschau zu normalisieren, öffentliche Äußerungen Nixons mußten als eine Unterstützung der polnischen Ansprüche angesehen werden, von den nichtöffentlichen gar nicht zu reden. Die Polen fühlten sich nach diesem amerikanischen Besuch so gekräftigt, daß Ministerpräsident *Cyrankiewicz* die — allerdings auch reichlich ungeschickt formulierten — Worte Adenauers, mit denen dieser dem polnischen Volk zum 20. Jahrestag des deutschen Überfalles sein Mitgefühl aussprach, als „Krokodilstränen“ abtun konnte.

Es ist bezeichnend, daß die Wochen der amerikanischen Entspannungsbemühungen mit einer besonders hartnäckigen Agitation der Vertriebenen-Verbandsfunktionäre für territoriale Revision und gegen Normalisierung der Beziehungen zu den Ostblockstaaten angefüllt waren. Auch wurde in dieser Zeit das offen zu amerikanischwestdeutschen Provokationen gegen die Sowjetunion auffordernde Buch des austro-amerikanischen Exkommunisten *William S. Schlam*, das in den USA kaum Beachtung gefunden hat, in der Bundesrepublik am meisten gekauft und diskutiert. Die Beurteilung des Buches in der deutschen Öffentlichkeit war allerdings vorwiegend negativ.

Chruschtschow/Eisenhower und die Deutschen

Präsident *Eisenhower* kam nach Europa. Aber obwohl seine erste Station Bonn war und er dort mit großem Pomp empfangen wurde, ist die „gemeinsame Politik des Westens“, zu der *zurückzufinden* ein regierungsnahes Blatt als ein Hauptziel dieses Besuches bezeichnet hatte, nicht zustande gekommen, wenigstens nicht, was Washington und London auf der einen, Paris und Bonn auf der anderen Seite angeht. Obwohl es nicht an Zwischenfällen auf der Amerikareise Chruschtschows fehlte, wurde die Begegnung des sowjetischen Ministerpräsidenten mit dem Präsidenten der USA ein voller Erfolg für beide Teile. Berlin wird kein zweites Danzig werden; an der alten Reichshauptstadt wird sich kein neuer Weltbrand entzünden. Aber Eisenhower hat sich die Formel Chruschtschows von der „anormalen Lage Berlins“, die eine Lösung fordere, zu eigen gemacht. Auch in der Frage des Friedensvertrages mit Deutschland — oder der Friedensverträge mit beiden deutschen Staaten — scheinen sich der amerikanische und der sowjetische Standpunkt einander genähert zu haben. US-Außenminister *Herter* erklärte in einer Pressekonferenz ziemlich unverblümt, die Vereinigten Staaten hätten keine Einwände gegen einen entsprechenden Vertrag der Sowjets mit Ostdeutschland; nur dürften jene den Ostdeutschen nicht Rechte übertragen, die die Alliierten in Berlin hätten.

Der Eindruck von der Aufrichtigkeit Chruschtschows ist bei den Amerikanern noch durch die Loyalitätserklärungen für Eisenhower und die deutlichen Warnungen vor einer „gewaltvollen Erprobung der Stärke des Kapitalismus“ vertieft worden, die der sowjetische Partei- und Regierungschef unmittelbar danach in Peking an die Adresse des Mao-Regimes abgegeben hat.

Bonn will sein Paket aufschneiden

Die Rede, die *Nikita Chruschtschow* in New York vor der Vollversammlung der Vereinten Nationen gehalten hat und in der er den tota-

len Abbau aller Streitkräfte (bis auf eine für die Aufrechterhaltung der inneren Ordnung erforderliche Polizeitruppe), außerdem die Vernichtung aller Kernwaffen angeregt hat, ist in der Bundesrepublik stärker als anderweitig vorwiegend als „Utopie“, „Propaganda“ und „nichts Neues“ abgetan worden. Freilich ist die Bonner amtliche Außenpolitik, die bisher die Lösung aller anderen Probleme nur zusammen mit der globalen Abrüstung wollte, in arge Verlegenheit geraten. Hatte Dr. Adenauer in Genf noch hartnäckig auf dem politisch-militärischen Junktim, also darauf bestanden, daß alle diese Fragen ein Paket bilden müßten, so möchte er jetzt auf einmal das Paket aufschnüren und die Abrüstung losgekoppelt von allen politischen Problemen behandelt wissen. Gerade das aber scheinen die Sowjets und Amerikaner nicht zu wollen. Sie möchten auf einer Gipfelkonferenz jetzt auch die Deutschland- und Berlin-Frage mit behandeln und lösen.

Allianz im Negativen

Chruschtschow wird seine Gipfelkonferenz bekommen; daran kann kein Zweifel sein. Zu sehr sind auch die Amerikaner an einer Herabsetzung der immer unerträglicher werdenden und Milliarden-Defizite verursachenden Rüstungslasten interessiert. Das Eisenhower-Regime wird besonders durch das Herannahen der nächstjährigen Präsidentenwahlen zum Handeln gezwungen. Paris und Bonn dagegen versuchen alles, die Gipfelkonferenz wenigstens hinauszuzögern, de Gaulle, weil er im Besitz der Atomwaffe mitreden, Adenauer, weil er eine Regelung der Deutschland betreffenden Fragen keineswegs unter den derzeitigen internationalen Aspekten haben möchte. Dieses seinerzeit schon in Colombey-les-deux-eglises eingeleitete Bündnis ist vorwiegend auf Zeitgewinn abgestellt, im übrigen eine kontinentale Wirtschaftsallianz gegen die Briten und ihr Verlangen nach einer Freihandelszone. Das Außergewöhnliche an diesem Bündnis aber ist, daß man sich über das Kernproblem, die deutsche Frage, keineswegs oder doch nur insoweit einig ist, es jetzt nicht zu einer Lösung kommen zu lassen. In den entscheidenden Punkten des deutschen Problems, wie der Frage der deutschen Grenzen, besteht zwischen Paris und Bonn keine Einigkeit. *De Gaulle* und sein Ministerpräsident *Debré* haben kein Hehl daraus gemacht, daß sie die Oder-Neiße-Linie als definitive Grenze ansehen. Und wenn auch niemand dem Bundeskanzler ins Herz schauen kann, so ist doch sicher, daß er wegen der in der Bundesrepublik vorherrschenden und von den Verbandsstrategen der Vertriebenen immer neu belebten Propaganda der französischen Meinung nicht beitreten kann. Die offiziell geheime Entsendung von Adenauers persönlichem Referenten nach Paris

dürfte in erster Linie die französischen Erklärungen über die Oder-Neiße-Linie zum Gegenstand gehabt haben.

Die Haltung Frankreichs in der deutschen Grenzfrage einerseits, der immer größer gewordene Interessenkonflikt zwischen Paris und Washington auf der anderen Seite, haben für Moskau neue Möglichkeiten der Annäherung an Paris eröffnet. Diese und der in ihrem Zuge vereinbarte Besuch Chruschtschows in Paris eröffnen Perspektiven einer Erneuerung des französisch-sowjetischen Bündnisses, die für das zwischen beiden liegende Deutschland nicht ohne erhebliche politische Auswirkungen sein können.

Bundestagsdebatte vom 5. November

Die vom Bundeskanzler einsam und autokratisch bestimmte Außenpolitik trägt der sich abzeichnenden Gefahr der totalen Isolierung trotz Warnungen des Auswärtigen Amtes nicht im geringsten Rechnung. Die vom Bundesaußenminister verlesene Erklärung anlässlich der außenpolitischen Debatte vom 5. November — der ersten seit 19 Monaten — leugnet jegliche Verschiebung im Verhältnis zu den Verbündeten und verkündet laut, die Bundesregierung sei nicht bereit, irgendeine Änderung ihrer Außenpolitik in Erwägung zu ziehen. Feststellungen der Regierungserklärung wie die, die Bundesregierung habe die Verpflichtung, die freiheitliche, demokratische und rechtsstaatliche Ordnung in der sowjetisch besetzten Zone *wiederherzustellen*, oder Chauvinismen, wie die Erklärung des Führers der Huckepack-Fraktion, Schneider-Bremerhaven, er wünsche sich ein Volk von kalten Kriegern, trugen dazu bei, dieser Bundestagssitzung einen besonders gefährlichen Akzent zu geben. Als Versuche zur Verschärfung der Lage mußte auch der Antrag bei der WEU auf Aufhebung von Beschränkungen für den Kriegsschiffbau international aufgefaßt werden.

Der mysteriöse Dr. Kindt-Kiefer

Ein Thema freilich, das in dieser Parlamentsitzung wegen vorzeitigen Abbruchs der Debatte nicht ausgeschüttet werden konnte, wird in der öffentlichen Auseinandersetzung weitergeschwelen. Der Fraktionsvorsitzende der Freien Demokraten, Dr. *Mende*, hatte „Enthüllungen“ eines früheren Vertrauten Dr. Adenauers, eines Dr. Kindt-Kiefer aus Andernach, zitiert, der behauptet, vor der Bundestagswahl 1949 Zeuge eines Gespräches zwischen Dr. Adenauer und dem damaligen französischen Ministerpräsidenten *Bidault* gewesen zu sein, in dem der spätere Bundeskanzler sich von dem französischen Regierungschef habe zusichern lassen, daß Berlin nicht zwölftes Bundesland werde, damit die Berliner sozialdemokratischen

Stimmen nicht die erhoffte CDU/CSU-Mehrheit in Bonn gefährdeten. Ein Jahr später sei diese Abmachung bestätigt, außerdem eine dreißigjährige Garantie für die Teilung Deutschlands und die Aufrechterhaltung der Saaraautonomie vereinbart worden.

Der Bundeskanzler hat zwar seinen Außenminister „autoritär autorisiert“, diese Behauptungen als „eine niederträchtige Lüge“ zu bezeichnen, eine Zusatzfrage Dr. Mendes wurde aber vom Bundestagsvizepräsidenten Dr. Jaeger (CSU) nicht mehr zugelassen. Außerdem hat Kindt-Kiefer umgehend mit der harten Gegenerklärung gekontert, der Kanzler lüge, wenn er bestreite, daß das Genfer Gespräch mit dem behaupteten Inhalt stattgefunden habe.

Es spielt natürlich keine Rolle, daß das Dr. Adenauer und seinem damaligen Vertrauten Blankenhorn vorgeworfene Verhalten, vorausgesetzt, daß es sich tatsächlich so abgespielt hat, nicht strafrechtlich verfolgt werden könnte, weil die Bestimmungen über Hoch- und Landesverrat damals noch nicht in Kraft waren. Entscheidend ist allein, daß ein solches Vorgehen die Genannten ein für allemal moralisch disqualifizieren würde, im öffentlichen Leben tätig zu sein. Auf der anderen Seite besteht, wenn die erhobenen Vorwürfe unwahr sind, nach innen wie nach außen das größte Interesse der Bundesrepublik daran, daß Adenauer und Blankenhorn möglichst schnell von ihnen gereinigt werden. Die Wahrheit kann nur durch eine Verleumdungsklage gegen Kindt-Kiefer geklärt werden, für die, da unzweifelhaft das öffentliche Interesse gegeben ist, der zuständige Staatsanwalt von sich aus tätig werden müßte.

Der Streit um die DDR-Flagge

Als typisch für die Art und Weise, wie die logischen Folgen der Versäumnisse in der Deutschlandfrage behandelt werden, muß der Flaggenstreit angesehen werden. Das DDR-Regime hat in konsequenter Verfolgung seines Zieles, international als selbständiger Staat anerkannt zu werden, als eigene Staatsflagge die schwarzrotgoldene Fahne mit den Emblemen Hammer, Zirkel und Ährenkranz geschaffen. Die deutsche Öffentlichkeit unter Vorantritt von Bonn reagierte darauf mit einer heftigen Kampagne gegen die „Spalterflagge“. Der Kampf gegen das Symbol bot einen erwünschten Anlaß, sich selbst von der Mitverantwortung an der Entwicklung zu entlasten. Das hindert freilich nicht, daß die Separatflagge künftig überall im Ausland gezeigt und damit die internationale Anerkennung der DDR vorwärtsgetrieben wird. Selbst die Kampagne in der Bundesrepublik hat sich als ein Schlag ins Wasser herausgestellt. Die von der Hamburger CDU propagierte

Nichtabfertigung der Hammer-und-Zirkel-Schiffe im Hafen ist auf massiven Widerstand auch im Bürgertum gestoßen, und sogar der Bundesinnenminister mußte darauf hinweisen, daß gegen die DDR-Flagge als Erkennungszeichen von Fahrzeugen in der Binnen- und Seeschifffahrt nicht vorgegangen werden dürfe. Auch bei internationalen Sportveranstaltungen in der Bundesrepublik, an denen die DDR beteiligt ist, wird die Flagge von Fall zu Fall gezeigt werden können. Lediglich gegen die — bei der derzeitigen elastischen Politik Moskaus kaum zu befürchtenden — kommunistischen Demonstrationen mit der DDR-Flagge soll, gemäß einer Vereinbarung zwischen Bund und Ländern, die Polizei einschreiten. Die lauten und drohenden Worte, mit denen in der Flaggenfrage bei uns nicht gespart worden ist, stehen also in keinem Verhältnis zu den geringen Möglichkeiten des Einschreitens, und die ganze Reaktion der Bundesrepublik bleibt „ein Kraftakt der Impotenz“.

Der Fall zeigt aber auch, in welcher unangenehme Situationen man in gesamtdeutschen Angelegenheiten geraten kann, wenn man, wie die Bundesregierung, auf Abwarten taktiert, statt eine auf den gegebenen Realitäten fußende eigene Deutschlandpolitik auf lange Frist zu *planen*. Die grundsätzliche Verwerfung des Planungsgedankens im „Ökonomischen beginnt sich offensichtlich bereits in der Politik nachteilig für uns und vorteilhaft für die Gegenseite auszuwirken.

Adenauer und seine CDU

Ernste Besorgnisse über die Entwicklung der Außenpolitik der Bundesrepublik sind auch bei den besonneneren Politikern der CDU/CSU immer wieder anzutreffen. Eine außergewöhnlich geschickte Taktik Konrad Adenauers und die Tatsache, daß besonders die Hinterbänkler der Partei ihr persönliches Schicksal, sprich Wiederwahl, als nur durch die Person Adenauers garantiert betrachten, haben dazu geführt, daß er aus der schweren parteiinternen Krise, die durch sein Verhalten um die Präsidentschaftskandidatur im Frühjahr und Frühsommer ausgelöst worden war, siegreich hervorgegangen ist. *Ludwig Erhard* hat viele seiner Anhänger, als die Frage seines Rücktritts als Wirtschaftsminister akut wurde, wegen seiner Gummitaktik, andere wegen seines Versagens oder wegen seiner Untätigkeit angesichts der Krise im Kohlenbergbau, der Teuerung im Saargebiet und der Preissteigerungen, vor allem auf dem Lebensmittelmarkt der Bundesrepublik, enttäuscht. *Eugen Gerstenmaier*, den viele für einen wichtigen Gegenspieler Adenauers hielten, hat, als er das Scheitern der Reformbestrebungen innerhalb der Partei spürte, dem Kanzler seine Reverenz erwiesen. Mit tatkräftiger Unterstützung des Innenministers *Ger-*

hard Schröder wurden die von dem schleswig-holsteinischen Ministerpräsidenten *Kai Uwe von Hassel* lancierten Pläne einer Reform der Parteispitze zu Grabe getragen, und Adenauer ging zum Gegenangriff über mit Vorschlägen, die eine zentralistische Straffung der Partei und eine Stärkung der autoritären Bundespartei zur Spitze zum Ziele haben.

Die vom Bundesinnen- und vom Justizministerium vorbereitete Notstandsgesetzgebung, Bundesrundfunkgesetz und Persönlichkeitenschutzgesetz, erstreben eine Zentralisierung des Sicherheitswesens und aller Mittel der modernen Massenbeeinflussung zum Zwecke ihrer besseren Beherrschung und zur Stabilisierung der derzeitigen Machtverhältnisse. Diese Entwicklung wird auch von den föderalistisch und demokratisch eingestellten Kreisen der CDU/CSU mit großer Sorge verfolgt. Oberhaupt kann eine noch so günstige Popularitätskurve, die man sich von einem der bekannten Institute hat anfertigen lassen, nicht darüber hinwegtäuschen, daß innerhalb der Partei und unter ihren Anhängern Unzufriedenheit herrscht, wozu auch der Ausgang der Bürgerschaftswahlen in Bremen und der Kommunalwahlen in Schleswig-Holstein beigetragen haben mag. „Es muß einmal klipp und klar ausgesprochen werden, daß die Wähler der CDU von der Arbeitsleistung der Bundestagsfraktion während der ersten Halbzeit der dritten Legislaturperiode enttäuscht sind — und daß sie Grund haben, es zu sein“, schrieb sogar der „Rheinische Merkur“.

Wahlen in Bremen und Schleswig-Holstein

Die Bürgerschaftswahlen in Bremen haben, obwohl es sich um das kleinste Bundesland handelt, der Bonner Mehrheitspartei eine beträchtliche Niederlage gebracht, hatte man doch gehofft, zusammen mit den anderen bürgerlichen Parteien wenigstens die absolute sozialdemokratische Mehrheit brechen zu können. Statt dessen steigerten die Sozialdemokraten ihren Stimmenanteil auf den Rekordstand von 55 (ihren Mandatsanteil sogar auf 61) vH, denen die CDU und die Deutsche Partei nur je knapp 15 vH entgegenzusetzen haben. Von den CDU-Stimmen bei der letzten Bundestagswahl ist noch nicht einmal die Hälfte übriggeblieben. Bei den Kommunalwahlen in Schleswig-Holstein ist die CDU zwar die stärkste Partei geblieben, jedoch sind ihr die Sozialdemokraten bis auf drei vH nahegerückt; in Kiel und Neumünster haben sie absolute Rathausmehrheiten errungen.

Schicksal einer Huckepack-Partei

Diese Wahlen haben die Existenzängste der Deutschen Partei bestätigt, und das Heranrücken der Bundestagswahlen 1961 hat Fusionsgespräche führender DP-Politiker mit sol-

chen der CDU gefördert. Die CDU war zu einer Fusion bereit und auch geneigt, einem Teil der DP-Funktionäre sichere Plätze in den Parlamenten und Gemeindevertretungen offenzuhalten. Aber die Delegiertenkonferenz in Verden an der Aller offenbarte trotz der lokal bedingten schlechten historischen Erfahrungen einen derartigen niedersächsischen Selbstbehauptungswillen, daß auch die Beschwörungen, des stark fränkisch-karolingisch beeinflussten Bundesministers *von Merkatz* nichts daran ändern konnten. Die Partei ist gewillt, im nächsten Bundestagswahlkampf, wie weiland die sächsischen Edeling, entweder zu siegen oder mannhaft unterzugehen. Freilich ist es noch lange nicht sicher, ob nicht die CDU der DP doch wieder Wahlhilfe verschafft, und sei es auch nur durch eine mit ihrer Mehrheit durchgedrückte entsprechende Formulierung des Wahlgesetzes.

SPD und Grundsatzprogramm

Die Sozialdemokratie hat frühzeitig damit begonnen, sich auf die Bundestagswahlen 1961 einzustellen. Unmittelbar nach Beendigung des Mommer-Streites Anfang Juli wurde ein Siebener-Ausschuß, bestehend aus dem Parteivorstandenden Erich Ollenhauer, dem Bundestagsvizepräsidenten Carlo Schmid, den Abgeordneten Fritz Erler und Heinrich Deist sowie den Ministerpräsidenten von Berlin, Hamburg und Hessen — Willy Brandt, Max Brauer und Georg August Zinn — gebildet. Der Ausschuß soll die Vorbereitungen für die Benennung eines Kanzlerkandidaten der SPD treffen. Jedenfalls haben der 1. Vorsitzende, Erich Ollenhauer, und auch seine beiden Stellvertreter, Herbert Wehner und Waldemar von Knoeringen, erklärt, daß sie in einer von der SPD zu bildenden Bundesregierung kein Ministeramt zu übernehmen, sondern die Parteigeschäfte weiterzuführen gedächten.

Zwei Monate später veröffentlichte der Parteivorstand einen Grundsatzprogrammentwurf, der auf dem Außerordentlichen Parteitag Mitte November in Bad Godesberg endgültig angenommen wurde. Der Entwurf, der sprachlich von einigen namhaften Journalisten redigiert ist, vermeidet die alte Terminologie; sogar das Wort „Kapitalismus“ ist nicht mehr zu finden. Er entfernt sich auch in der Sache sehr beträchtlich von seinen Vorgängern. An Stelle der unabdingbaren Forderung nach Sozialisierung ist jetzt der Akzent auf die öffentliche Kontrolle der wirtschaftlichen Macht gelegt. Das Privateigentum an den Produktionsmitteln und die freie Unternehmerinitiative werden bejaht, allerdings mit der allgemeinen Einschränkung, daß sie nicht den Aufbau einer „gerechten Sozialordnung“ hindern. Die notwendige Gesamtplanung soll über eine volkswirtschaftliche Gesamtrechnung,

und ein vom Parlament zu beschließendes Nationalbudget durchgeführt werden. Der Entwurf hat auch in den eigenen Reihen beträchtliche Kritik erfahren, da er manchen als zu bürgerlich erscheint.

Bedenkliche politische Urteile

Zwei für die politische Entwicklung der Bundesrepublik recht bedenkliche Gerichtsentscheidungen hat es im Berichterstattungszeitraum gegeben. Das eine ist das Urteil des 2. Senats des Bundesverfassungsgerichts vom 15. Juli, das die Klage der Abgeordneten Dr. Arndt und Dr. Heinemann zurückweist und die während der Atomdebatte des Bundestages am 25. März 1958 gehandhabte Beschränkung der Redezeit für Rechtens erklärt. Da einige Bundesminister damals immer wieder in die Debatte eingriffen, ohne daß ihre Redezeit ihren Fraktionen angerechnet wurde, hatte sich die Opposition mit Recht benachteiligt gefühlt. Die formalistische Trennung von Legislative und Exekutive, die das Verfassungsgericht in seinem Urteil macht, wird dem politischen Sachverhalt keineswegs gerecht und wird sich als Freibrief für die Mehrheit auswirken, der Minderheit das Wort abzuschneiden — ein böser Fall, der peinlich an das Versagen der Verfassungsgerichtsbarkeit in den kritischen Jahren der Weimarer Zeit erinnert.

Für die politische Atmosphäre mindestens ebenso bedenklich ist der Fall des der An-

nahme von Leihwagen der Firma Daimler-Benz beschuldigten (und auch einige Wochen lang inhaftierten) ehemaligen persönlichen Referenten des Bundeskanzlers, *Kilb*. Nach vergeblichen massiven Einwirkungsversuchen der Politik (besonders des Bundeskanzlers, der im Bundestag den Untersuchungsbehörden Mißdeutung seiner Zeugenaussagen vorgeworfen und eine neue Vernehmung verlangt hatte) wurde der Fall Kilb dem gefürditeten Bonner Antikorruptionsspezialisten, Landgerichtschreiber *Quirini*, entzogen und mit der Begründung, ein neuer Geschäftsverteilungsplan sei wegen Überlastung notwendig, einer neugeschaffenen Siebten Strafkammer überwiesen. Diese höchst bedenkliche Praxis hat ihre Krönung jetzt in der Einstellung des Verfahrens gefunden, für die als Begründung eine Aufspaltung der Person Kilbs herhalten muß. Die Firma Daimler-Benz habe mit der Hergabe von Leihwagen an Adenauers Referenten nicht den *Beamten* Kilb, sondern den CDU-Vorsitzenden Adenauer und seine Person begünstigen wollen. Nicht nur von der Opposition, sondern auch von Regierungsanhängern ist dieser Gerichtsbeschluß heftig kritisiert und gefordert worden, daß die Staatsanwaltschaft Beschwerde gegen ihn einlege (was inzwischen geschehen ist), damit nicht hinter verschlossenen Türen entschieden, sondern in öffentlicher Verhandlung und ordnungsgemäßem Urteil Klarheit über die Angelegenheit geschaffen werde.

Dr. Hans Henrich